

Herfried Münkler

Deutschland als Zentralmacht Europas

Ob einem Staat Macht oder Ohnmacht attestiert wird, hängt immer auch davon ab, um welche Macht es geht. Lange galt Deutschland als ökonomischer Riese und politischer Zwerg, womit gemeint sein soll, dass es seine wirtschaftlichen Potenziale nicht in politischen Einfluss umsetzen könne. Bis 1989/90 hatte das mit der Teilung des Landes zu tun, danach mit den Problemen des Vereinigungsprozesses, die dazu führten, dass die Deutschen vor allem mit sich selbst beschäftigt waren, und schließlich spielte auch der Umstand eine Rolle, dass Deutschland fest in die europäische Politik eingebunden war, und dies obendrein als Vorzug und keineswegs als Nachteil empfunden wurde. Und auch innerhalb Europas galt das »leading from behind«, die Einflussnahme aus der zweiten Reihe und das Vermeiden der Anführerposition als Leitlinie der deutschen Politik. Man machte sich eher klein, um die Verwundbarkeit deutscher Politik durch den Verweis auf die deutsche Geschichte nicht ins Spiel kommen zu lassen. Die Rolle des politischen Zwergs, der ökonomisch ein Riese ist, war eine durchweg komfortable Position.

Das hat sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts geändert – zunächst eher unmerklich, aber seit Ausbruch der Eurokrise, die im Kern eine Fiskalkrise der südeuropäischen Länder ist, für alle sichtbar. Viele Faktoren haben bei dieser Veränderung eine Rolle gespielt, darunter zwei in ganz besonderem Maße: der Bedeutungsgewinn des Ökonomischen im Portfolio der Machtsorten und die gewachsenen Zentrifugalkräfte in der Europäischen Union, die zu einer Machtverschiebung von »Brüssel« in Richtung der Mitgliedsstaaten geführt hat. Die Bundesrepublik Deutschland ist zu dem bei Weitem wichtigsten Akteur in der EU geworden, und

der Verlauf der Eurokrise mitsamt der eingeschränkten Handlungsfähigkeit Frankreichs und Italiens als den beiden anderen großen Gründungsmitgliedern des Europrojekts hat das für alle sichtbar werden lassen. Die Bundesregierung hat sich für diese neue Position nicht aufgedrängt und zunächst auch versucht, sie auf die Rolle einer Hüterin der europäischen Verträge, insbesondere des Euro, zu begrenzen. Die Dynamik der Krise hat auch diese Selbstbescheidung überrollt.

Der Macht- und Einflussgewinn der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EU wurde durch einen Strauß von Erwartungen und Aufforderungen beschleunigt, mit dem die deutsche Regierung in den letzten Jahren konfrontiert wurde: der Erwartung, als Hauptfinanzier bei den Hilfspaketen für die überschuldeten

Mit der Rolle des Finanziers wird es künftig nicht getan sein

Eurostaaten einzuspringen, und der Aufforderung, in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU eine führende Rolle zu spielen. Was mit der Eurokrise in fiskalpolitischer Hinsicht begonnen hatte, setzte sich mit dem Ausbruch der Ukraine Krise in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht fort: Es bedurfte in der EU zunehmend eines Akteurs, der die Rolle einer integrierenden und organisierenden Mitte innerhalb des durch wachsende sozioökonomische Heterogenität und erhebliche politisch-kulturelle Divergenzen gekennzeichneten Staatenverbundes übernahm – und nach Lage der Dinge kam nur Deutschland für diese Aufgabe infrage. Die geografische Lage in der Mitte der EU und das Potenzial des bei Weitem stärksten ökonomischen Akteurs in Europa kamen hier zusammen, und so wurde binnen kürzester Zeit aus der »Macht in der Mitte« die »Macht der Mitte«. Um es zu pointieren: Der Fortbe-

stand der EU wird in den nächsten Jahren wesentlich von der deutschen Politik abhängen, und die wird infolgedessen mit Herausforderungen konfrontiert werden, die zu bewältigen sie derzeit noch lernen muss. Mit der Großzügigkeit der vergangenen Jahrzehnte, als Deutschland immer wieder als Finanzier der politischen Kompromisse in Europa aufgetreten ist, wird es dabei nicht getan sein; die Einhaltung der Verträge muss auch durchgesetzt werden, und zwar nicht nur gegenüber denen, die notorisch die Stabilitätskriterien verletzen, sondern auch gegenüber jenen, die – wie etwa Ungarn – fortgesetzt gegen die Prinzipien liberaler Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Beides wird, wie an den antideutschen Ressentiments der griechischen Politik erkennbar, den Deutschen nicht nur Freunde einbringen. Aber eine nur an der Mehrung der Freunde orientierte Politik würde die Aufgaben einer »Macht der Mitte« verfehlen. Das ist freilich etwas, das die deutsche Bevölkerung und die Kommentatoren der Politik in der Presse wie an den Stammtischen noch begreifen und lernen müssen.

In der deutschen Öffentlichkeit ist das Europaprojekt über lange Zeit als ein Lernen aus den Katastrophen der beiden Weltkriege kommuniziert worden. Das ist es nach wie vor, aber die Orientierungskraft dessen lässt mit wachsendem zeitlichem

ideologischen« Zeitalter von den Irrtümern und Illusionen der Vergangenheit erholt haben, genüge es nicht mehr, uns mit dem notorischen Präfix »post« als Nachgeborene des Hinter-uns-Gelassenen zu positionieren. Wir müssen uns darüber verständigen, wer und wie wir sein wollen. Und dafür reicht die in der Vergangenheit gepflegte heimelige Erzählung von der gemeinsamen Identität der Europäer oder den gemeinsamen Werten des Westens nicht mehr aus. Das heißt nicht, dass sie obsolet geworden wären; das nicht. Aber sie genügen nicht mehr für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben.

Wenn politische Macht das Produkt aus der Multiplikation von ökonomischer, militärischer und ideologischer Macht ist (eine sicherlich unterkomplexe Formel, die als vorläufige Problembeschreibung aber genügt), dann dürfte neben der ökonomischen Macht die ideologische Macht die wichtigste Einflussressource einer »Macht in der Mitte/Macht der Mitte« Europas sein. Damit soll die Relevanz der militärischen Macht nicht in Abrede gestellt werden, aber die Bedeutung, die sie noch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hatte, hat sie längst nicht mehr. Daran hat sich auch durch die zunehmend auf militärische Mittel setzende Politik Russlands gegenüber der Ukraine nichts geändert – im Gegenteil: Gerade die Ukraine Krise hat gezeigt, wie begrenzt die Bedeutung militärischer Macht bei einem effektiven wie klugen Gegenhandeln der Europäer ist. Das kann sich bei anderen Herausforderungen, etwa der durch die IS-Milizen in Syrien und im Nordirak, anders darstellen, aber auch hier würde militärische Macht nur der Verhinderung des Ungewollten, aber nicht der Durchsetzung des Gewollten dienen. Militärische Macht kann, wenn sie klug eingesetzt wird, humanitäre Katastrophen verhindern, aber sie kann weder eine politisch stabile noch eine ökonomisch prosperierende Ordnung an der europäischen Peripherie herstellen. Und nur

Vermeidung der Fehler der Vergangenheit

Abstand zu der Periode von 1914 bis 1945 nach. Was Europa braucht, sind neue Orientierungserzählungen, zumal solche, die nicht nur auf die Vermeidung der Fehler der Vergangenheit, sondern auch auf die Bewältigung der Aufgaben der Zukunft gerichtet sind. Im Hinblick auf das Portfolio der Machtarten kommt zur ökonomischen Macht also das Erfordernis kultureller bzw. ideologischer Macht hinzu. Im Feuilleton ist zumeist von politischen Visionen die Rede, deren es bedürfe. Nachdem wir uns nun seit drei Jahrzehnten in einem »post-

Letztgenanntes wird die Probleme der Europäer mit dieser Peripherie auflösen.

Der Kampf um die ideologische Macht hat derweilen begonnen, und sein Ausgang in Deutschland als der Zentralmacht Europas wird über die Zukunft des Europaprojekts entscheiden. Dabei geht es um die Integrationsbereitschaft und Integrationskraft Europas gegenüber Flüchtlingen und Asylanten/innen, von denen klar

*Kampf um
die ideologische
Macht hat
begonnen*

ist, dass die meisten, die gekommen sind, dauerhaft in Europa bleiben werden. Es geht also nicht um eine zeitlich begrenzte Hilfestellung bei der Bearbeitung eines Problems, das nach einiger Zeit auch wieder verschwinden wird, sondern um die Integration der Zuwandernden in das europäische Modell des Arbeitens und Lebens. Aber was ist dieses Modell? Gibt es überhaupt ein solches? Und wenn ja, wer fügt darüber?

Der Kampf um die ideologische Macht, der auch ein Ringen um die »Macht der Mitte« ist, wird zurzeit auf zwei Ebenen geführt: zwischen denen, die glauben, einen romanischen Lebensstil gegen die Kolonisierung durch die asketische Arbeitsmoral des Nordens verteidigen zu müssen, wie dies Giorgio Agamben 2013 mit seinem Aufruf zur Formierung eines lateinischen

gegen ein germanisches Europa getan hat, und mit den Debatten über ethnisch-religiöse »Reinheit«, die in Deutschland von den schrillen Thilo Sarrazins bis zu dem dumpfen Gerede der Pegida-Bewegung reicht. Die ressentimentbehaftete Abwehrhaltung, die keine Antwort auf die zunehmend die ökonomische Macht erodierenden demografischen Probleme Deutschlands weiß, ist dabei der eine Pol, während der andere in der systematischen Ignoranz des Integrationsproblems besteht. Hier eine Perspektive zu entwickeln, die Europa als integrierende Kraft bei Wahrung seiner Werte und Identitäten erweist, wäre ein entscheidender Beitrag zur Frage der ideologischen Macht. Sie muss so angelegt sein, dass die, die als Nichteuropäer kommen, zu Europäern werden, und zwar unabhängig von Hautfarbe und religiöser Bindung. Deutschland kommt hier als wichtigstem Aufnahmeland für Flüchtlinge und Asylanten/innen eine herausragende Bedeutung zu. Wenn diese Herausforderung in der Mitte gelöst wird, kann sie auch im restlichen Europa bearbeitet werden. Wenn nicht, wird Europa zerfallen. Der gegenwärtige Streit um die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedsländer der EU war dann nur der Auftakt zu einem Scheitern, das ähnliche Sprengkraft hat wie die Fiskalkrise.



Herfried Münkler

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität in Berlin. 2015 in der edition Körber-Stiftung erschienen: *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa.*

herfried.muenkler@rz.hu-berlin.de